

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 48 | 01.12.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

LIT: SAVE THE DATE

[Eröffnungsveranstaltung des LIT Labs for Digital Transformation and Law an der JKU Linz am 11. Jänner 2018](#)

LIT: CALL FOR PAPERS

[Workshops im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung des LIT Labs for Digital Transformation and Law am 12. Jänner 2018](#)

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl III 213/2017](#)

Änderungen in Anlage III des Rotterdamer Übereinkommens über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte **gefährliche Chemikalien** sowie **Pestizide** im internationalen **Handel**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 315 v 30.11.2017, 1](#)

Verordnung (EU) 2017/2107 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 zur Festlegung von Bewirtschaftungs-, Bestandserhaltungs- und Kontrollmaßnahmen für den Übereinkommensbereich der Internationalen Kommission für die Erhaltung der **Thunfischbestände im Atlantik** (ICCAT) und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr 1936/2001, (EG) Nr 1984/2003 und (EG) Nr 520/2007 des Rates

[ABI L 315 v 30.11.2017, 40](#)

Richtlinie (EU) 2017/2108 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 zur Änderung der Richtlinie 2009/45/EG über **Sicherheitsvorschriften** und -normen für **Fahrgastschiffe**

[ABI L 315 v 30.11.2017, 52](#)

Richtlinie (EU) 2017/2109 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 zur Änderung der Richtlinie 98/41/EG des Rates über die **Registrierung** der an Bord von **Fahrgastschiffen** im Verkehr nach oder von einem Hafen eines Mitgliedstaats der Gemeinschaft befindlichen Personen und zur Änderung der Richtlinie 2010/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über **Meldeformalitäten** für Schiffe beim Einlaufen in und/oder Auslaufen aus Häfen der Mitgliedstaaten

[ABI L 315 v 30.11.2017, 61](#)

Richtlinie (EU) 2017/2110 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 über ein System von Überprüfungen im Hinblick auf den sicheren Betrieb von **Ro-Ro-Fahrgastschiffen** und Fahrgast-Hochgeschwindigkeitsfahrzeugen im **Linienverkehr** und zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 1999/35/EG des Rates

[ABI L 315 v 30.11.2017, 78](#)

Berichtigung der Verordnung (EU) Nr 98/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für **Explosivstoffe** (ABI L 39 vom 9.2.2013)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

21.09.2017, [E 786/2017](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch **Nichtzuerkennung des Status des Asylberechtigten bzw subsidiär Schutzberechtigten** für einen Staatsangehörigen Georgiens infolge Unterlassens eines ordnungsgemäßen Ermittlungsverfahrens und mangels ausreichend substantiierter bzw nicht nachvollziehbarer Begründung der Entscheidung im Hinblick auf die behaupteten Repressalien infolge der Zugehörigkeit des Beschwerdeführers zu einer politischen Jugendorganisation

21.09.2017, [E 983/2017 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** infolge Unterlassens eines ordnungsgemäßen Ermittlungsverfahrens im Hinblick auf das behauptete Verwandtschaftsverhältnis der Beschwerdeführer als Ehefrau und Kinder eines in Österreich subsidiär schutzberechtigten afghanischen Staatsangehörigen

21.09.2017, [E 2130/2017 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch **Nichtzuerkennung des Status von subsidiär Schutzberechtigten** mangels gebotener Auseinandersetzung mit den getroffenen Feststellungen zur Lebenssituation von Kindern in Afghanistan; Ablehnung der Beschwerden hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Asylstatus

22.09.2017, [E 240/2017](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch **Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten** für einen Staatsangehörigen von Afghanistan mangels Durchführung eines ordnungsgemäßen Ermittlungsverfahrens sowie mangels nachvollziehbarer Begründung der Entscheidung in Bezug auf die Sicherheitslage und die Zumutbarkeit der Rückkehr und Neuansiedlung des Beschwerdeführers in Kabul

22.09.2017, [E 1965/2017](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch **Abweisung des Asylantrags** eines staatenlosen Palästinensers wegen objektiver Willkür infolge Verkennung der auf die Judikatur des EuGH gestützten Rechtsanschauung des VfGH betreffend den „ipso facto“-Schutz infolge Wegfalls des Beistands der UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten)

11.10.2017, [E 1734/2017 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch **Nichtzuerkennung des Status von subsidiär Schutzberechtigten** in Bezug auf den Herkunftsstaat Afghanistan mangels gebotener Auseinandersetzung mit der Gefährdungslage von Minderjährigen und mangels hinreichend aktueller Feststellungen zur Sicherheits- und Versorgungslage in Afghanistan

11.10.2017, [E 1803/2017 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch **Nichtzuerkennung des Status von subsidiär Schutzberechtigten** mangels nachvollziehbarer Begründung der Entscheidung im Hinblick auf die fehlende Berücksichtigung der Minderjährigkeit des Zweit- und Drittbeschwerdeführers im Rahmen der Beurteilung der Sicherheitslage in Afghanistan und Kabul; Ablehnung der Beschwerden hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status von Asylberechtigten

12.10.2017, [G 52/2016](#)

Fern- und AuswärtsgeschäfteG; **Verbraucherrechte-RL**; Abweisung eines Individualantrags auf Aufhebung von Bestimmungen des Fern- und AuswärtsgeschäfteG betreffend die **Informationspflichten des Unternehmers und das Rücktrittsrecht des Verbrauchers** vom Vertrag; Umsetzung von vollharmonisiertem Unionsrecht der Verbraucherrechte-RL durch die zulässigerweise angefochtenen Bestimmungen des Fern- und AuswärtsgeschäfteG; im Hinblick auf den Harmonisierungsgrad kein Spielraum des innerstaatlichen Gesetzgebers bei der Umsetzung; kein Vorabentscheidungsersuchen des VfGH mangels Bedenken hinsichtlich der Gültigkeit der unionsrechtlichen Bestimmungen; Nichtzustandekommen von Verträgen im Fernabsatz oder von Verträgen außerhalb von Geschäftsräumen bis zur Erteilung der geforderten Informationen gerechtfertigt; kein Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit durch den Ausschluss der Haftung des Verbrauchers bei mangelnder Belehrung über sein Widerrufsrecht im Hinblick auf das angestrebte Ziel eines umfassenden Verbraucherschutzes; keine Prüfung der geltend gemachten verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte; teilweise Zurückweisung des Antrags mangels Darlegung von Bedenken im Einzelnen bzw mangels unmittelbarer Betroffenheit der antragstellenden Gesellschaft

24.11.2017, [G 278/2017 ua](#)

Tir Gesetz vom 4. Juli 1990 über Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen; Zurückweisung einer Anfechtung der **Volksbefragung** in Tirol über die **Bewerbung** für die **Olympischen Winterspiele 2026** mangels eines Antrags auf Nichtigerklärung des Verfahrens oder eines Teils davon; Zurückweisung der Individualanträge auf Gesetzes- bzw Verordnungsprüfung mangels Legitimation sowie eines weiteren Antrags mangels Zuständigkeit des VfGH

24.11.2017, [W IV 1/2017](#)

WählerevidenzG; **Europa-WählerevidenzG**; keine Stattgabe der Anfechtung eines Erkenntnisses des BVwG betreffend die **Verweigerung der Aufnahme** eines vor Inkrafttreten des WahlrechtsänderungsG 2011 **strafgerichtlich Verurteilten in die (Europa-)Wählerevidenz**; weiterer Ausschluss vom Wahlrecht wegen bestehender Wahlausschließungsgründe auf Grund der Art und Schwere der begangenen Straftat im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers; Abstellen auf einen Stichtag für die Anwendung der neuen Regelung über den Entzug des Wahlrechts nur bei einer gerichtlichen Einzelfallentscheidung gegenüber dem für Altfälle vorgesehenen Wahlrechtsausschluss als Folge des Gesetzes nicht verfassungswidrig

29.11.2017, [G 223/2016](#)

Polizeiliches StaatsschutzG; **Abweisung des Drittelantrags von FPÖ und Grünen** gegen das Polizeiliche StaatsschutzG; geprüfte Bestimmungen sind hinreichend bestimmt, nicht unverhältnismäßig und nicht unsachlich; Ermittlungsbefugnisse angesichts des öffentlichen Interesses am Schutz vor einem verfassungsgefährdenden Angriff zulässig

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

27.07.2017, [Ro 2017/07/0003](#)

WasserrechtsG; mit der WasserrechtsG-Novelle 2006 hat der Gesetzgeber für bestimmte Fälle des § 31c WasserrechtsG – grundsätzlich zur Erleichterung des Verfahrens – das **Anzeigeverfahren** nach § 114 leg cit eingeführt; der Vereinfachung des Verfahrens steht jedoch der **Schutz fremder Rechte** nicht entgegen; ist nämlich eine Beeinträchtigung fremder Rechte zu erwarten, wandelt sich das Anzeigeverfahren in ein „normales“ Bewilligungsverfahren, wo fremde Rechte erforderlichenfalls zu schützen sind

01.08.2017, [Ra 2017/06/0041 ua](#)

Sbg BaupolizeiG; Sbg RaumordnungsG; Nachbarn haben gem § 16 Abs 6 Sbg BaupolizeiG einen Rechtsanspruch auf Erlassung entsprechender Maßnahmen nur bei Abstandsverletzungen an der ihrem Grundstück zugewandten Gebäudefront; die Beurteilung der Frage, ob ein **Geschoß** gem § 56 Abs 5 Sbg RaumordnungsG **als unterirdisch oder oberirdisch** gilt, kann jedoch nur für das gesamte Geschoß einheitlich (und damit ohne eine Differenzierung dahingehend, gegenüber welcher Grundgrenze es oberirdisch oder unterirdisch sei), erfolgen; zu beurteilen ist dabei, ob ein Geschoß über mindestens die Hälfte seiner (horizontalen) Fläche mehr als 1 m über das angrenzende natürliche Gelände oder das neu geschaffene Niveau hinausragt; erweist sich ein Geschoß nach dieser Definition als oberirdisch, kann ein Nachbar auch dann die Einhaltung der Abstandsbestimmungen geltend machen, wenn dieses oberirdische Geschoß auf der seinem Grundstück zugewandten Seite überwiegend oder sogar zur Gänze unter dem Geländeniveau liegt

12.09.2017, [Fr 2017/09/0009](#)

VwGG; nach § 42a VwGG wird das Verfahren über einen **Fristsetzungsantrag** mit Erkenntnis beendet; auch wenn das VwG die Entscheidung in der in einem solchen Erkenntnis festgelegten Frist noch nicht nachgeholt hat, kann ein Antragsteller keine weitere Entscheidung über seinen ursprünglichen Fristsetzungsantrag begehren; für eine weitere Antragstellung nach einem nach den §§ 38 und 42a leg cit ausgeschöpften Verfahren fehlt es an einer gesetzlichen Grundlage

C. VERWALTUNGSGERICHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[28.11.2017, Rs C-514/16, Rodrigues de Andrade](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** – Richtlinie 72/166/EWG – Art 3 Abs 1 –Begriff ‚Benutzung eines Fahrzeugs‘ – Unfall, der sich in einem landwirtschaftlichen Betrieb ereignet hat – Durch einen im Stillstand befindlichen landwirtschaftlichen Traktor, dessen Motor lief, um eine Pumpe zur Verteilung eines Pflanzenschutzmittels zu betreiben, verursachter Unfall

[29.11.2017, Rs C-214/16, King](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der **Arbeitnehmer** – Richtlinie 2003/88/EG – Arbeitszeitgestaltung – **Art 7** – Vergütung für nicht genommenen **Jahresurlaub**, die am Ende des Arbeitsverhältnisses gezahlt wird – Nationale Regelung, die einen Arbeitnehmer dazu verpflichtet, seinen Jahresurlaub zu nehmen, ohne dass die Bezahlung für diesen Urlaub festgelegt ist

[29.11.2017, Rs C-265/16, VCAST](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Urheberrecht** und verwandte Schutzrechte – Richtlinie 2001/29/EG – Art 5 Abs 2 Buchst b – Ausnahme für Privatkopien – Art 3 Abs 1 – Öffentliche Wiedergabe – Spezifisches technisches Verfahren – Erbringung einer Dienstleistung der Bildaufzeichnung in der ‚Cloud‘ (**Cloud-Computing**) betreffend Kopien von urheberrechtlich geschützten Werken ohne Zustimmung des betreffenden Urhebers – Aktiver Eingriff des Dienstleistungserbringers in diese Aufzeichnung

B. SCHLUSSANTRÄGE

[28.11.2017, Rs C-57/16 P, ClientEarth / Kommission \(GA Bot\)](#)

Rechtsmittel – **Zugang zu Dokumenten** der Organe – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Antrag auf Zugang zu dem Entwurf eines Berichts über die Folgenabschätzung, zu dem Bericht über die Folgenabschätzung und zu der Stellungnahme des Ausschusses für Folgenabschätzung – Allgemeine Vermutung der **Vertraulichkeit** – Verweigerung des Zugangs – Legislative Dokumente

[28.11.2017, verb Rs C-259/16 und C-260/16, Confetra ua \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Dienstleistungsverkehr** – **Postdienste** in der Europäischen Union – Unternehmen, die in den Sektor Warenversendung, Straßentransporte oder Zustellung von Eilpaketen tätig sind – Genehmigungen zur Erbringung von Postdiensten für die Allgemeinheit – Beitrag zu den Kosten des Universaldienstes

[28.11.2017, Rs C-579/16 P, Kommission / FIH Holding und FIH Erhvervsbank \(GA Szpunar\)](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – **Bankensektor** – Beihilfe zugunsten der dänischen Bank FIH in Gestalt der Übertragung ihrer wertgeminderten Vermögenswerte auf eine neue Tochtergesellschaft und des späteren Kaufs dieser Werte durch die dänische Einrichtung zur Gewährleistung der Finanzstabilität – Definition der staatlichen Beihilfe – Kriterium des marktwirtschaftlich handelnden privaten Wirtschaftsteilnehmers – Anwendung des Kriteriums des marktwirtschaftlich handelnden privaten Gläubigers, wenn der Begünstigte bereits eine staatliche Beihilfe erhalten hat

[29.11.2017, Rs C-518/16, ZPT AD \(GA Wathelet\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Staatliche Beihilfen** – Verordnung (EG) Nr 1998/2006 – De-minimis-Beihilfen – Art 1 Abs 1 Buchst d – Beihilfe in Form einer **Steuererleichterung** – Investition in die Herstellung für die Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse – Nationale Regelung des Ausschlusses der Investition in die Herstellung für die Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse von der Steuervergünstigung – Art 35 AEUV

[29.11.2017, Rs C-551/16, Klein Schiphorst \(GA Mengozzi\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Abkommen EG–**Schweiz** über die Freizügigkeit – **Freizügigkeit der Arbeitnehmer** – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 7, 63 und 64 – Wanderarbeitnehmer – Leistungen bei Arbeitslosigkeit – Arbeitsuchender, der sich in einen anderen Mitgliedstaat begibt – Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit – Zeitraum – Befugnis

[30.11.2017, Rs C-5/16, Polen / Parlament und Rat \(GA Mengozzi\)](#)

Nichtigkeitsklage – Beschluss (EU) 2015/1814 – Bestimmung der Rechtsgrundlage – Berücksichtigung der Wirkungen der Handlung – Art 192 Abs 1 AEUV – Art 192 Abs 2 Buchst c AEUV – Begriff der erheblichen Berührung der Wahl eines Mitgliedstaats zwischen verschiedenen Energiequellen – Begriff der erheblichen Berührung der allgemeinen Struktur der **Energieversorgung** eines Mitgliedstaats – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit – Art 15 EUV – Zuständigkeiten des Europäischen Rates – Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Folgenabschätzung

[30.11.2017, Rs C-147/16, Karel de Grote – Hogeschool Katholieke Hogeschool Antwerpen \(GA Sharpston\)](#)

Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in **Verbraucherverträgen** – Prüfung von Amts wegen durch das nationale Gericht, ob ein Vertrag in den Anwendungsbereich der Richtlinie 93/13/EWG fällt – Art 2 Buchst c – Begriff, **Gewerbetreibender**

[30.11.2017, Rs C-426/16, Liga van Moskeeën en Islamitische Organisaties Provincie Antwerpen ua \(GA Wahl\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz von Tieren** zum Zeitpunkt ihrer Tötung – Spezielle **Schlachtmethoden** – **Islamisches Opferfest** – Verordnung (EG) Nr 1099/2009 – Art 4 Abs 4 – Pflicht, rituelle Schlachtungen ohne Betäubung in zugelassenen Schlachthöfen vorzunehmen – Verordnung (EG) Nr 853/2004 – Voraussetzungen für die Zulassung von Schlachthöfen – Gültigkeit – Art 13 AEUV – Berücksichtigung nationaler Gepflogenheiten in Bezug auf religiöse Riten – Art 10 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Religionsfreiheit – Beschränkung – Rechtfertigung

30.11.2017, Rs C-510/16, Carrefour Hypermarchés ua (GA Wahl)

Staatliche Beihilfen – Art 108 Abs 3 AEUV – Verordnung (EG) Nr 659/1999 – Art 1 Buchst c – Begriff der ‚neuen Beihilfen‘ – Verordnung (EG) Nr 794/2004 – Art 4 – Angemeldete und für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärte Beihilferegulungen – Beihilferegulierung für **Kinos** und **Medien** – Starker Anstieg der Einnahmen aus einer steuerähnlichen Abgabe zur Finanzierung einer Beihilferegulierung gegenüber den der Kommission gemeldeten Schätzungen – Begriff der ‚über 20%igen Erhöhungen der Mittel für eine genehmigte Beihilferegulierung‘ – Verhältnis zur Pflicht zur vorherigen Anmeldung

30.11.2017, Rs C-580/16, Firma Hans Bühler (GA Bot)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – **Mehrwertsteuer** – **Lieferung** von Gegenständen, die innerhalb der Europäischen Union versandt oder befördert werden – Befreiung – Lieferung durch einen Steuerpflichtigen in einem Mitgliedstaat an einen Erwerber in einem anderen Mitgliedstaat – Situation, in der der Steuerpflichtige auf der Rechnung seine Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer in einem dritten Mitgliedstaat angibt

30.11.2017, Rs C-8/17, Biosafe - Indústria de Reciclagens (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – **Mehrwertsteuer** – Vorsteuerabzug – Beschränkung des Vorsteuerabzugs – Entstehung des Anspruchs auf Vorsteuerabzug

C. GERICHT

28.11.2017, T-31/16, adp Gauselmann / EUIPO (Juwel)

Unionsmarke – Anmeldung der **Unionswortmarke** Juwel – Absolutes Eintragungshindernis – Fehlende Unterscheidungskraft – Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung [EU] 2017/1001)

30.11.2017, T-475/16, FTI Touristik / EUIPO - Prantner und Giersch (FI)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der Unionsbildmarke FI – Ältere Unionsbildmarke fly.de – Relatives Eintragungshindernis – **Verwechslungsgefahr** – Ähnlichkeit der Zeichen – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung [EU] 2017/1001)

30.11.2017, T-50/17, Mackevision Medien Design / EUIPO (TO CREATE REALITY)

Unionsmarke – Anmeldung der **Unionswortmarke** TO CREATE REALITY – Marke, die aus einem **Werbeslogan** besteht – Absolutes Eintragungshindernis – Fehlende Unterscheidungskraft – Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (nunmehr Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung [EU] 2017/1001)

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

28.11.2017, Beschwerde Nr 70838/13, Antovic und Mirkovic / Montenegro

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Privat- und Familienleben); **Videoüberwachung** in Hörsälen einer Universität betrifft die Arbeitsplätze der Professoren, wo diese mit den Studenten interagieren; Eingriff in das **Recht auf Privatleben**; fehlende Einhaltung der innerstaatlichen datenschutzrechtlichen Anforderungen an Videoüberwachungen stellt eine Konventionswidrigkeit dar

28.11.2017, Beschwerde Nr [72508/13](#), *Merabishvili / Georgien (GK)*

Verletzung von Art 5 Abs 3 EMRK (Recht auf gerichtliche Kontrolle der Untersuchungshaft) und **Art 18 iVm Art 5 Abs 1 EMRK** (Begrenzung der Rechtseinschränkungen; anfängliche Anordnung der Untersuchungshaft gegen den früheren Premierminister Merabishvili (Bf) war gerechtfertigt; keine Gründe zur Annahme, dass die Untersuchungshaft auf die Verdrängung des Bf von der politischen Bühne abzielte; insofern **keine Verletzung** von Art 5 Abs 1 und Abs 3 EMRK; unzureichende Gründe für die **Verlängerung** der Untersuchungshaft; **Verletzung** von Art 5 Abs 3 EMRK; die Ausübung von **Druck** auf den Bf, um Informationen über den früheren Präsidenten und den früheren Premierminister zu erhalten, stellt einen **Verstoß** gegen Art 18 iVm Art 5 Abs 1 EMRK dar

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.